

Freiheit im Alter als Thema der Politik?

Referat von Christine Goll am 10. Zürcher Gerontologietag vom 1. September 2009
Universität Zürich, Zentrum für Gerontologie

Für eine Politik, die ein Altwerden in Freiheit und Würde ermöglicht

„Endlich alt – endlich frei!“ Besteht wirklich ein Anlass, um heute in Jubelgeschrei auszubrechen? Können wir uns über ein freies Alter freuen? Mitten in der Krise? Ja, wir erleben derzeit eine der grössten Weltwirtschaftskrisen seit Jahrzehnten. Die Finanzkrise ist auch eine wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise. Die aktuelle wirtschaftliche Situation ist alles andere als günstig, um eine sozial- und generationenverträgliche Politik einzufordern. Ob es sich tatsächlich lohnt, alt zu werden, dürften sich viele Leute gerade heute fragen. Begriffe, wie „Überalterung“ oder „Alterslast“, tragen nicht dazu bei, sich auf das Altwerden zu freuen. Die Perspektive, im Alter nur noch als Kostenfaktor Bedeutung zu erlangen, ist auch nicht attraktiv. Demnächst werden wir in einer Volksabstimmung, dank dem Referendum der Gewerkschaften, über vom Parlament beschlossene Rentenkürzungen bei den Pensionskassen der 2. Säule zu befinden haben. Angesichts von weiteren in Bundesbern geplanten Leistungskürzungen bei der AHV, der 1. Säule der Alterssicherung, wächst die Verunsicherung, ob die materielle Sicherheit nach der Erwerbsarbeitszeit überhaupt noch garantiert ist. Die bürgerlichen Parteien erhöhen den Abbaudruck auf das soziale Sicherungssystem. Gleichzeitig führen Steuersenkungen, von denen in erster Linie hohe Einkommenskategorien profitieren, zu Einnahmeausfällen bei der öffentlichen Hand, die wiederum mit grossangelegten Sparübungen kompensiert werden. Sparen bedeutet Leistungsabbau beim Service public, in der Bildung, im Gesundheits- und Sozialbereich. Und das wiederum verlagert bezahlte Arbeit ins Private. So bleibt gesellschaftlich notwendige Arbeit, beispielsweise in der Pflege oder Kinderbetreuung, in der Familie hängen und belastet insbesondere Frauen durch vermehrte Gratisarbeit.

In Krisenzeiten kommen soziale Errungenschaften unter Druck. Doch gerade in solchen Zeiten müssen sich die Menschen auf Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und soziale Netze verlassen können. Wer die Krise nicht verschärfen will, muss dafür sorgen, dass Jede und Jeder sich Freiheit und (Frei-)Zeit im Alter leisten kann. Das kommt nicht nur der älteren Generation zu Gute, sondern ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Tut das die schweizerische Politik? Welche sozial- und wirtschaftspolitischen Themen dominieren derzeit die politische Agenda und welche Auswirkungen hat das auf die Jungen und die Alten? Welche Voraussetzungen braucht es, um ein Altwerden in Freiheit für alle möglich zu machen? Welche Politik ist notwendig, um in Freiheit und Würde alt werden zu können? Diesen Fragen möchte ich in meinem Referat nachgehen.

Freiheit im Alter: Wer kann sich das leisten?

Existenzsicherung, soziale Sicherheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind Grundvoraussetzungen, um ein Alter in Freiheit leben zu können. In Freiheit alt werden, kann nur, wer sich auf ein gesichertes Renteneinkommen verlassen kann. Obwohl die Altersarmut durch das wichtigste Sozialwerk AHV weitgehend eingedämmt werden konnte, leben heute längst nicht alle älteren Menschen im Wohlstand, wie immer wieder behauptet wird. Das zeigt u. a. der kürzlich publizierte Bericht „Leben mit wenig Spielraum“ von Pro Senectute (Pilgram, Amélie / Seifert, Kurt, 2009: Leben mit wenig Spielraum. Altersarmut in der Schweiz. Pro Senectute Schweiz. Zürich.). Altersarmut ist immer noch eine Realität. In keiner Altersgruppe sind Einkommen und Vermögen ungleicher verteilt als bei den über 60Jährigen.

Rund ein Drittel der Rentnerinnen und Rentner verfügt immer noch nur ausschliesslich über Einkommen aus der 1. Säule der AHV, bei einem weiteren Drittel stammen die Renteneinkünfte hauptsächlich aus der AHV. Die Quote der Rentenbezügerinnen und -bezüger, deren Einkommen nicht existenzsichernd ist und die Ergänzungsleistungen zur AHV beziehen, liegt seit Jahren unverändert bei einem Achtel. Die Nichtbezugsquote ist mit gut 30 Prozent sehr hoch. Zu viele einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner machen von ihrem Recht auf Ergänzungsleistungen aus falscher Scham oder falschem Stolz, aus mangelnder Information oder wegen administrativer Hürden keinen Gebrauch. Nach dem Angriff auf die Renten will die Denkfabrik der Wirtschaft, „avenir suisse“, nun auch noch die Ergänzungsleistungen, also das Bedarfssystem, demontieren, wie wir heute in der Zeitung lesen können. Der Angriff auf die Ärmsten soll salonfähig werden. Jeder 10. Rentnerhaushalt verfügt über weniger als 10'000 Franken Vermögen. Gerade in den ärmsten Rentnerhaushalten ist das verfügbare Einkommen in den letzten Jahren stark gesunken. Steigende Mieten und Krankenkassenprämien sprengen Budgets. Die Verschuldung im Alter nimmt zu.

Es braucht also in erster Linie existenzsichernde Renten, die nicht nur das Überleben ermöglichen, sondern auch einen soziokulturellen Grundbedarf abdecken. Soziale und kulturelle Bedürfnisse müssen auch im Alter befriedigt werden können. Wer pensioniert ist, will und muss auch am öffentlichen Leben teilnehmen können. Die Renteneinkommen müssen Bildung, Kultur, Kommunikation und Mobilität berücksichtigen. Statt Steuersenkungen für Reiche braucht es endlich die Steuerbefreiung des Existenzminimums. Wirksamer können Massnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut gar nicht sein.

Eine soziale und zahlbare Gesundheitsversorgung tut Not

Die grösste Armutsfalle bildet der Gesundheitszustand, denn das Pflegerisiko kann alle treffen. Bei der Pflegfinanzierung herrscht heute ein illegaler Zustand und auch die von den Eidgenössischen Räten neu verabschiedete Vorlage, die Mitte nächstes Jahr in Kraft treten soll, ist kein Lichtblick für Menschen in Heimen und mit Spitex, die auf Pflege angewiesen sind. Die Vorlage Pflegfinanzierung ist ein sozialer Rückschritt zum heute geltenden Recht. Das Krankenversicherungsgesetz schreibt bisher unmissverständlich fest, dass die ärztlich verordnete Pflege im Spital, im Heim oder mit Spitex zu Hause vollumfänglich bezahlt werden muss. Nicht alle Kantone halten sich heute an das Gesetz. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die neuen Bestimmungen zementieren diesen Missstand und bürden Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, Mehrkosten auf. Die Überwälzung von 20 Prozent der Kosten für Menschen in einem Pflegeheim bedeutet vor allem in den Kantonen der Romandie eine Kostenverlagerungen auf dem Rücken der Pflegebedürftigen, auch wenn dies in denjenigen Kantonen der Deutschschweiz, die den Patientinnen und Patienten heute illegalerweise bis zur Hälfte der Pflegekosten überwälzen, eine Verbesserung ist.

Wer Spitex braucht, muss künftig mit massiven Verschlechterungen rechnen. Die neue Bestimmung für die Akut- und Übergangspflege ist praxisfremd, minimalistisch und bürokratisch. So können nicht einmal die gravierendsten Auswirkungen verfrühter Spitalaustritte, die sich mit der Einführung der Fallkostenpauschalen (Diagnosis Related Groups DRG) abzeichnen, aufgefangen werden. Eine breit abgestützte Bündnis von Gewerkschaften und Personalverbänden hat kürzlich eine Petition lanciert und sammelt Unterschriften im Hinblick auf die Schweiz weite Einführung der Fallpauschalen auf Anfang 2012. Mit den DRG droht eine Ökonomisierung der Medizin mit negativen Auswirkungen für

das Gesundheitspersonal sowie die Patientinnen und Patienten. Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung werden sich letztlich unnötige Mehrkosten ergeben, wenn es zu vermehrten Hospitalisierungen von Chronischkranken kommt. Eine weitere Revision wird aufgrund der unbefriedigenden Lösung in Kürze unvermeidbar sein, um das Armutsrisiko Pflege zu vermeiden.

Untragbar ist die Situation für viele ältere Menschen auch bei den jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Alle Prognosen weisen derzeit darauf hin, dass die Prämien für nächstes Jahr explodieren werden. Es wird mit einer Erhöhung von 10 bis 15 Prozent gerechnet. Das wird die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Situation verschärfen und bedeutet einen Kaufkraftverlust von 2 bis 3 Milliarden Franken für die Bevölkerung. Damit die Krise nicht verschärft wird, braucht es einen Ausbau der Prämiensubventionen im selben Ausmass. Ohne verbindliches Sozialziel, also der Festlegung von einkommensabhängigen Krankenkassenprämien auf Bundesebene, bleiben die heutigen Kopfprämien mit einem föderalistischen Ausgleichssystem zutiefst unsozial. Bei der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes 1996 hat der Bundesrat eine maximale Prämienbelastung von acht Prozent des steuerbaren Einkommens als Zielgrösse formuliert, wovon wir in der Praxis jedoch meilenweit entfernt sind. Die Prämienverbilligung ist das Korrekturlement zur unsozialen Kopfprämie und Teil des Systems, das jedoch bis heute nicht zufriedenstellend umgesetzt worden ist, wie die Analysen deutlich zeigen. In der heutigen Situation kann jedoch nur eine massive Aufstockung der Prämienverbilligungsgelder durch den Bund eine rasche und wirkungsvolle Entlastung für die unteren und mittleren Einkommen bewirken. Und das ist angesichts der wirtschaftlich angespannten Lage bitter notwendig.

Angesichts der blockierten Situation in der Gesundheitspolitik ist auch der Ruf nach altersabhängigen Krankenkassenprämien wieder lauter geworden. Der Vorschlag wird damit begründet, dass ältere Menschen mehr Kosten verursachen würden und deshalb höhere Prämien bezahlen sollen. Wer solche diskriminierenden und kurzsichtigen Behauptungen aufstellt, verkennt das Solidaritätsprinzip in der sozialen Krankenversicherung, das auf einem Ausgleich zwischen Gesund und Krank, Alt und Jung, Frauen und Männern basiert. Mit der zutiefst unsozialen Kopfprämie wird jedoch ein Element des sozialen Ausgleichs ausgeblendet, nämlich das zwischen Arm und Reich. Im Vordergrund muss heute eine soziale Gesundheitsversorgung für alle stehen. Eine Alternative zu den heutigen Fehlkonstruktionen in der Krankenversicherung ist das Modell Persönliche Gesundheitsstelle (PGS). Es gewährleistet allen Bevölkerungsteilen eine Versorgung von hoher Qualität. Die PGS wird von einer breiten Allianz von Ärztinnen, Pflegefachleuten, Ergotherapeuten, Hebammen, Gewerkschaften und Organisationen im Gesundheitswesen unterstützt. Angesichts der drohenden Prämienexplosion ist die Gefahr drastischer Leistungskürzungen und einschneidender Sparmassnahmen auf dem Rücken von Patientinnen, Patienten und Personal gross. Im Interesse der Versicherten und der im Gesundheitswesen Beschäftigten muss ein soziales und leistungsfähiges Versorgungssystem das Ziel bleiben. Alle Menschen müssen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Gesundheitszustand Anspruch auf eine umfassende, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung haben. Das Obligatorium für die Krankenpflegeversicherung muss erhalten bleiben. Die PGS stellt die Grundversorgung sicher und garantiert eine integrierte Behandlungskette, welche die Patientinnen und Patienten mitbestimmen. Der Staat sorgt für ein flächendeckendes und ausreichendes Angebot von Gesundheitsstellen. Die Qualitätssicherung wird verbindlich festgeschrieben. Gleichzeitig muss die Prävention und die Krankheitsverhinderung ausgebaut werden.

Es braucht also ein soziales Gesundheitsversorgungssystem, das die Versorgungssicherheit für die gesamte Bevölkerung garantiert, Krankenkassenprämien,

welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherten berücksichtigen sowie eine bessere Absicherung des Pflegerisikos.

Freie Zeit im Alter durch ein flexibles Rentenalter

Im Bundesrat wird eine neue Form des Wettbewerbs ausgetragen: Wer hält es am längsten aus, bzw. wer kann die Pensionierung so lange als möglich aufschieben? Kein Wunder wird unermüdlich das Rentenalter 67 propagiert. Das Problem beginnt damit, dass Lebensentwürfe von Bundesräten zur Normalbiografie erklärt werden. Mit der Neuauflage der 11. AHV-Revision soll das Frauenrentenalter noch weiter erhöht werden. Wir erinnern uns: Bereits bei der 10. AHV-Revision wurde die Pensionierungsgrenze um 2 Jahre nach oben geschoben. Ein starres Rentenalter, das noch weiter nach oben geschraubt werden soll, ist definitiv der falsche Weg für ein Alter in Freiheit und mit Freizeit. Sattdessen braucht es endlich eine sozial ausgestaltete Frühpensionierungsmöglichkeit. Gewerkschaften, SP und Grüne haben 2004 das Referendum gegen den Abbau bei der 11. AHV-Revision haushoch gewonnen.

Ausschlaggebend für das wuchtige Nein von fast 70 % war – das zeigen alle Abstimmungsanalysen deutlich – die weitere Erhöhung des Frauenrentenalters ohne sozialverträgliche Frühpensionierung. Seit mehr als einem Jahrzehnt besteht das Versprechen zur Einführung einer sozial ausgestalteten Flexibilisierung. Unsozial ist die Flexibilisierung nach unten nämlich heute, weil sie happige lebenslange Rentenkürzungen beinhaltet. Der Altersrücktritt ist maximal zwei Jahre vor dem ordentlichen Rentenalter möglich, kürzt die AHV-Rente aber um 6,8 % pro vorbezogenem Jahr.

Die Flexibilisierung des Rentenalters nach oben existiert in der Praxis ebenfalls schon: „Rentenaufschub“ nennt sich dieser Vorgang, von dem immer wieder Bundesräte Gebrauch machen. So könnte auch Bundespräsident Merz, der bereits das ordentliche AHV-Alter überschritten hat, seine Rente bis 70 aufschieben, vorausgesetzt, er behält bis dann seinen Bundesratsjob. Seine Maximalrente, die er ohnehin kriegt, würde dann um ein Drittel erhöht. Bundesrat Couchepin hat es, wie ein anderer ehemaliger, zwangspensionierter Bundesrat, bis 67 geschafft. Flexibilität existiert also heute bereits beim Rentenalter. Nur hat diese einen hohen Preis für alle Klein- und Normalverdienenden. Und das ist die Mehrheit der Bevölkerung. Die Frühpensionierung ist ein Privileg für Gutverdienende mit dickem Polster aus der 2. oder 3. Säule. Egal, ob der Altersrücktritt heute freiwillig oder unfreiwillig erfolgt, der wichtigste Grund für das Bedürfnis früher aufzuhören, ist der Gesundheitszustand. Denn vor dem Rentenalter sind nicht alle gleich. Bauarbeiter oder Putzfrauen haben bekanntlich ein viel höheres Risiko vor dem Bezug der AHV-Rente invalid zu werden oder zu sterben als Universitätsprofessoren.

Freie Zeit im Alter für sich selber und auch für andere zu haben, ist echte Freiheit. Deshalb braucht es endlich die Flexibilisierung des Rentenalters ohne lebenslange Rentenkürzungen. Die gesellschaftliche Teilhabe pensionierter Menschen muss aber gleichzeitig verbessert werden. Das kann durch einen verbesserten Zugang zu Bildung ermöglicht werden. „Lebenslanges Lernen“ ist zwar eine unbestrittene Forderung. Aber gerade für Menschen kurz vor oder nach der Pensionierung ist der Zugang zu Bildung nicht selbstverständlich. Bildung ist von den Faktoren Zeit, Angebot und Geld abhängig. Ein flexibles Rentenalter setzt die nötige Zeit frei, um sich weiterzubilden. Bei den Bildungsangeboten und der Bildungsfinanzierung hapert es ebenfalls. Dass bildungsferne Schichten sich nicht weiterbilden, hat mit der Tatsache zu tun, dass Weiterbildungsangebote meist für bereits qualifizierte Personen konzipiert sind und oft teuer zu stehen kommen.

Stärken wir die Solidarität über die Generationengrenzen!

Die Generationen werden heute oft gegeneinander ausgespielt: Die reichen Alten würden auf Kosten der armen Jungen leben. Die Interessen der Jungen würden sich nur auf Konsum und das eigene Vergnügen beschränken, deshalb würden sie die Alten gerne abschieben. Diese Bilder sind falsch. Das Gegenteil ist wahr, wie jüngste Untersuchungen zeigen, welche die grosse gegenseitige Unterstützung der Generationen, etwa in den Bereichen der Kinderbetreuung und Pflegeleistungen, belegen. So können viele junge Eltern Kinder und Beruf nur unter einen Hut bringen, weil all die Grossväter und Grossmütter ihre Enkelinnen und Enkel so oft betreuen. Und da gibt es sehr viele gross gewordenen Kinder, die liebevoll pflegebedürftig gewordene Eltern versorgen. Warum braucht es die generationenübergreifende Solidarität?

Die Generationensolidarität ist deshalb wichtig, weil alle Kinder Zukunftsperspektiven haben und alle Menschen in Würde alt werden sollen. Zu viele Jugendliche finden nach der obligatorischen Schulzeit keinen Ausbildungsplatz. Oder sie stehen nach der Lehre ohne Stelle da. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Überdurchschnittlich viele Junge sind ohne Job. Das ist bedrohlich und ungesund. Nicht nur für die betroffenen jungen Menschen, sondern für die ganze Gesellschaft. Jugendarbeitslosigkeit ist eine soziale Zeitbombe. Kinder und Jugendliche brauchen Perspektiven, gute Schul- und Berufsaussichten und positive Lebensperspektiven. Wer ein Leben lang gekrampft hat, soll in Würde alt werden können. Wer alt wird, soll nicht Angst haben müssen, dass die Rente nicht zum Leben reicht. Wer alt und gebrechlich oder krank wird, soll nicht Angst haben, dass er oder sie hilf- und wehrlos ausgeliefert, nicht mehr ernst genommen, gedemütigt wird.

Die Solidarität zwischen den Generationen ist die Basis, damit Menschen ohne Existenzängste leben können: Altersarmut ist leider immer noch ein Realität. Kinderhaben ist das grösste Armutsrisiko. Unser soziales Sicherungssystem muss erhalten und verbessert werden. Es kann jedoch nur funktionieren, wenn es weiterhin solidarisch finanziert wird – das geschieht heute weitgehend mit Lohnbeiträgen und Steuergeldern. Die Lohnbeiträge, welche die Arbeitnehmenden heute in die AHV-Kasse zahlen, fliessen direkt ins Portemonnaie der Rentnerinnen und Rentner. Und mit jedem Steuerfranken, den auch die AHV-Rentnerinnen und -Rentner bezahlen, werden soziale Einrichtungen, wie Schulen, Krippen oder auch die Sozialhilfe, auf die viele armutsbetroffene Familien angewiesen sind, finanziert.

Die sozialen Errungenschaften in diesem Land sind nicht vom Himmel gefallen. Sie mussten hart erkämpft werden. Als Beispiele nenne ich die AHV und die Mutterschaftsversicherung, beides Forderungen, die uralt sind und lange unerfüllt blieben. Dass diese beiden wichtigen Sozialversicherungen heute Wirklichkeit sind, verdanken wir der Generationensolidarität. Deshalb brauchen wir die Solidarität über die Generationen unbedingt. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wie wir sie gerade erleben, brauchen wir sie dringender denn je. Lassen wir uns nicht einreden, die Generationensolidarität gäbe es nicht mehr! Wer die Generationen gegeneinander ausspielt, will bewusst die sozialen Errungenschaften zerstören. Oder hat einfach nicht begriffen, wie unsere Gesellschaft funktioniert und weshalb die Bevölkerung überhaupt in Wohlstand und Sicherheit leben kann. In Krisenzeiten ist aber insbesondere der Staat gefordert. Nur marode Banken zu sanieren, ist kein taugliches Programm gegen die Krise. Von zentraler Bedeutung sind staatliche Investitionsprogramme in Arbeitsplätze, Infrastrukturen und in den ökologischen Umbau. Allerdings müssen diese generationenverträglich und geschlechterverträglich ausgestaltet werden. Die Investitionen sollten dazu führen, dass die Belastung von Frauen in der unbezahlten Arbeit, wie

Kinderbetreuung, Pflege von Kranken und alten Menschen, sinkt und mehr Arbeitsstellen in von Frauen dominierten Beschäftigungssektoren, wie Bildung, Gesundheitswesen und Sozialdiensten, geschaffen werden. Gerade in der ausserhuslichen Kinderbetreuung besteht in der Schweiz ein gewaltiger Nachholbedarf. OECD und UNICEF empfehlen, 1 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) in die familienergänzende Kinderbetreuung zu investieren – die Schweiz wendet gerade mal 0,2 % dafür auf.

Die Diskussionen um einen obligatorischen Sozialdienst und Sozialpflichten für Alte halte ich für überflüssig, ja sogar gefahrlieh. Zum einen, weil ein grosser Teil von Betreuung, Versorgung und Fürsorge in familiären und nachbarschaftlichen (privaten) Netzen bereits stattfindet. Zum anderen, weil genau diese Forderung zu Sozialabbau, zur Streichung von bezahlten Arbeitsstellen und zu Abstrichen bei der dringend notwendigen Qualifizierung von Personal führt.

Die Alten hätten zu viel politisches Gewicht und das sei für junge Generation belastend, haben wir heute gehört. Ich wünsche mir noch mehr politisches Gewicht bei den „Grauen PantherInnen“ und bei den jungen Aufmupfigen. Bei den Alten und bei den Jungen erlebe ich nämlich – beispielsweise in meiner Partei oder in den Gewerkschaften – die grösste Aufbruchsstimmung und den stärksten Veränderungswillen. Es braucht also mehr politische Bildung und politisches Engagement von aufgeweckten Alten und Jugendlichen – am besten in gemeinsam organisierten Kursen und Aktionskreisen. So lässt sich auch die generationenübergreifende Solidarität konkret erproben.